

Sicherung einer produktiven Landwirtschaft

Die Sicherheit von Pflanzenschutzmitteln wird häufig mit emotionaler und verfälschender Argumentation in Frage gestellt. Dieser Diskussion möchte sich die IGP mit sachlichen Fakten und transparenter Information stellen.

Rechtssicherheit von Politik gefordert

Die IGP fordert eine gesamtheitliche Agrar- und Umweltpolitik, die auch den modernen Pflanzenschutz mit bedenkt, sowie stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Nur so kann die Industrie als Partner der Landwirtschaft, auch zukünftig ihren Beitrag zur Versorgungssicherheit mit sicheren und leistbaren Lebensmitteln aus regionaler Produktion leisten.

Sicherung einer produktiven Landwirtschaft

Der Bericht "[Der soziale, wirtschaftliche und ökologische Wert der landwirtschaftlichen Produktivität in der Europäischen Union](#)" des Humboldt- Forums für Ernährung und Landwirtschaft belegt, dass eine effizientere und produktivere Landwirtschaft in den kommenden Jahren entscheidend für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Lebensmitteln sein wird. Gleichzeitig kann so eine effizientere Landnutzung und verbesserter Klimaschutz gewährleistet werden.

Die Studie analysiert Daten zu den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der produktiven Landwirtschaft in der Europäischen Union, die sich moderner Technologien bedient. Hierzu zählen landwirtschaftliche Maschinen, modernes Saatgut, organische und mineralische Düngemittel sowie Pflanzenschutz.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität in der Europäischen Union um nur ein Prozentpunkt:

- mehr als 10 Millionen Menschen mehr pro Jahr ernähren könnte.
- den Wohlstand in Europa pro Jahr um 500 Millionen Euro erhöhen würde.
- das jährliche Einkommen eines EU Bauern um 500 Euro steigern würde.
- das virtuelle "Land Grabbing" um Netto 1,2 Millionen Hektar reduzieren würde.
- 220 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen würde.
- die globalen Biodiversitäten besser erhalten und damit im Vergleich die Flora und Fauna von bis zu 600.000 Hektar Regenwald bewahrt würde.

Ein Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und moderne Produktionstechniken, würde nicht nur die oben genannten Vorteile zunichtemachen, sondern auch zu durchschnittlich 31 Prozent weniger Ertrag führen.

Wirksame Lösungen im Pflanzenschutz erforderlich

Der österreichischen Landwirtschaft droht in den nächsten fünf Jahren ein massiver Verlust bewährter moderner Pflanzenschutzmittel. Dies ist die Folge der Umsetzung des neuen europäischen Pflanzenschutzrechts (gefahren- statt risikobasierter Ansatz, Ausschlusskriterien bei der Wirkstoffbewertung u.ä.). Wenn die Europäische Union bei der Ausgestaltung des neuen Rechts weiterhin die landwirtschaftliche Praxis außer Acht lässt, wären Pflanzenkrankheiten in wichtigen Ackerkulturen nur noch eingeschränkt oder in extremen Fällen gar nicht mehr zu bekämpfen.

Der deutsche Industrieverband Agrar (IVA) hat die Folgen der möglichen Wirkstoffverluste abgeschätzt. Es droht, dass von den zehn heute meistverkauften Getreidefungiziden neun aus dem Markt verschwinden würden; gerade einmal ein Viertel der heute eingesetzten Produkte wäre Ende des Jahrzehnts noch übrig. Auch bei Mitteln gegen Krautfäule in Kartoffel würde die Zahl der verfügbaren Pflanzenschutzmittel halbiert. Bei den Kartoffelherbiziden wäre in etwa fünf Jahren ebenfalls nur noch die Hälfte der Produkte auf dem Markt, wodurch die Probleme zur Vermeidung von Resistenzen weiter verschärft würden.

Um diese Verluste durch neue Produkte auszugleichen, sind die regulatorischen Hürden zu hoch und die Zeit zu knapp. In Europa dauert die Entwicklung eines neuen Pflanzenschutzwirkstoffs im Durchschnitt zehn Jahre und erfordert Investitionen von rund 200 Millionen Euro. Zudem fehlen oftmals stabile rechtliche Rahmenbedingungen als Grundlage für die langfristige Forschungs- und Entwicklungsarbeit.

Allerdings ist auch ein erfolgreich durchlaufener Zulassungsprozess keine Garantie dafür, dass das Produkt dann auch wirklich in der Europäischen Union verkauft werden darf. Wenn tagespolitisch und nicht fachlich wissenschaftlich über die moderne landwirtschaftliche Produktion entschieden wird, kann die regionale Erzeugung von leistbaren Lebensmitteln dauerhaft nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die IGP sieht sich in ihrer Warnung vor einem Kahlschlag bei Pflanzenschutzmitteln bestätigt. Pflanzenschädlinge haben in der österreichischen Landwirtschaft bereits hohe Ertragsverluste und wirtschaftliche Schäden in Millionenhöhe verursacht. Durch unseriöse Kampagnen gegen den modernen Pflanzenschutz und die dadurch bewirkten populistischen Verbote von Pflanzenschutzmitteln stehen den Landwirten oft keine Mittel mehr zur Verfügung, um Schädlinge, wie beispielsweise den Drahtwurm, wirksam zu bekämpfen.

Integrierten Pflanzenschutz praktikabel gestalten

Seit vielen Jahren unterstützt die IGP den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und damit die Anwendung des Integrierten Pflanzenschutzes: die gezielte Anwendung einer Kombination von Maßnahmen biologischer, biotechnischer, chemischer, physikalischer, anbautechnischer oder pflanzenzüchterischer Art, wobei die Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf das unbedingt notwendige Mindestmaß beschränkt wird.

Das österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL) umfasst neben dem integrierten Pflanzenschutz eine Reihe von Maßnahmen, welche den Schutz des Bodens, von Oberflächen- und Grundwasser, Luftreinhaltung und Klimaschutz, Erhaltung und Förderung der Biodiversität und der traditionellen Kulturlandschaft betreffen.

Die hohe Anzahl der am ÖPUL-Programm teilnehmenden Landwirte zeigt sehr deutlich, wie gut der integrierte Gedanke in der österreichischen Landwirtschaft etabliert ist.

Willkürliche Mengen- und Intensitätsreduktionsziele werden den Anforderungen des integrierten Pflanzenschutzes nicht gerecht. Die in Österreich eingesetzten Pflanzenschutzmittel sind bei sachgerechter und bestimmungsgemäßer Anwendung sicher für Mensch und Umwelt. Dies wird durch ein strenges Zulassungsverfahren in Österreich und Europa sowie entsprechende Anwendungsbestimmungen und -auflagen gewährleistet.